

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Band: 11 (1982)
Heft: 102

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verleger:
Erlachstrasse 9, 3012 Bern
Tel 031 23 28 18

Das Konzept

In den letzten gut 10 Jahren ist fast bei allen schweizerischen Hochschulen die Revision der gesetzlichen Grundlagen in Angriff genommen worden. Einige dieser Hochschulen berufen sich heute noch auf zum Teil revidierte Gesetze aus dem letzten Jahrhundert. Mit dem starken Wachstum und dem Durchdringen von vermehrt technokratischer Ausrichtung von Lehre und Forschung in den letzten zwei Jahrzehnten haben diese Gesetze ihre Leistungsfähigkeit endgültig eingebüsst. Doch — wo ist es gelungen, die neue Basis zu finden und festzusetzen? Wo stehen wir heute gesamtschweizerisch? Welche Interessen stehen sich gegenüber — oder wie setzen sie sich durch?

Diesen Fragen gehen wir in den folgenden Artikeln nach:
- mit einem Ueberblick über einige grundlegende Charakteristika der heutigen Situation;
- mit Beispielen, welche die lokalen Unterschiede in Voraussetzungen und Vorgehen — auch seitens der Studenten/-innen — aufzeigen wollen (in der letzten Nummer kam bereits Bern mit der Uni-Gesetz-Initiative ausführlich zur Sprache, konzentriert auch auf die Frage/Forderung der Mitbestimmung und Zwangskörperschaft; diesmal steht die ETH-Zürich im Zentrum mit der wiederholten Revision der Uebergangsbestimmungen);
- Öffnung ist eine alte Forderung fortschrittlicher Studenten und Bildungspolitikern. Intendiert war eine Demokratisierung des Bildungswesens durch Beseitigung regionaler und sozialer Diskriminierung (mit Hilfe von Stipendien, Zulassung ohne Matur etc.). — Was ist daraus geworden? Eine Untersuchung in Frankreich zeigt einiges davon auf.
Welche Möglichkeiten haben wir Studenten/-innen überhaupt, Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen und dabei zu garantieren, dass sie nicht total zweckentfremdet werden? Die verschiedenen Vorgehensweisen in der kleinen Schweiz zeigen die Vielfalt von Lösungsversuchen — von Ratlosigkeit?

Eine Arbeitsgruppe des VSU in Zürich will sich mit dem Uni-Gesetz, das im Debakel geendet hat, gar nicht mehr direkt befassen, sondern den Schritt über die Hochschule hinaus suchen — aber nicht als Flucht, sondern als neuer Anlauf, um über die Zusammenarbeit mit Leuten aus anderen Bildungsbereichen erst wieder Fragen der Bildung, zB. nach dem Sinn der Bildung für Person und Gesellschaft, diskussionsfähig zu machen, um von daher Alternativen zum heutigen Funktionieren der Uni zu suchen und in der Öffentlichkeit zum Tragen zu bringen.

Vermehrt kommt in letzter Zeit die Meinung auf, die bestehenden Institutionen seien nicht mehr verbesserbar, die Lösungen seien ausserhalb zu suchen. Das schlägt sich auch in der zunehmenden Zahl von Studienabbrechern/-innen nieder, die sich ausserhalb der Uni mehr vom Leben versprechen.

Bildung s u n wesen

"Bildungspolitik" ist ein Begriff, der bei vielen, auch aktiven Studenten/-innen immer grosse Skepsis, unangenehme Gefühle, ja spontane Abwehr hervorruft.

Für Studentenpolitiker/-innen ist "Bildungspolitik" das Feld, auf dem sie sich täglich bewegen und das gekennzeichnet ist durch die regelmässige Wiederholung der (gleichen) Forderungen nach neuen Lehrinhalten, Mitbestimmung, Studienreformen ..., vorgetragen in Zeitungen, Flugs, verschiedenen Gremien innerhalb der Hochschulen und gekrönt von allgegenwärtiger Erfolglosigkeit (Wenn einzelne Reformen mal durchgesetzt werden können, sind sie meist von marginaler Bedeutung und/oder werden nach einiger Zeit möglichst still wieder abgeschafft).

Die übrigen Studenten/-innen erleben diese unermüdbaren "Funktionäre" und "Gremienheinis" (Frauen sind eher selten) als abstrakte, entfremdete Theoretiker, die sich in end- (ah. Frucht-) losen Debatten verheizen, selbstbefriedigen — und Gefahr laufen, in Verhandlungen die Forderungen und sich selbst in Kompromissen zu verlieren. Es gibt kaum mehr klare Vorstellungen über wirkungsvolle bildungspolitische Aktivitäten. Die Institutionen sind verküchert, erstarrt in Strukturen, die nur noch zwanghaft erhalten werden, die jede Erneuerungsfähigkeit oder gar schöpferische Kraft verloren haben. Es scheint unmöglich, daran zu rütteln. — also zwingt sich Student/-in möglichst reibungslos hindurch und hofft auf das Leben danach ...

"Bildungspolitik" lohnt sich nicht, bleibt ein Fremdwort mit unangenehmen Assoziationen. In der breiten Bevölkerung wird "Bildungspolitik" eigentlich nur (noch?) in einer Form manifest: in der Form von Budgetposten der öffentlichen Hand — und das in einer Zeit allgemeiner Spar- euphorie.

Dieses einseitige und abgestellte Bild von Bildungspolitik entspricht ja durchaus dem, was konkret auf diesem Gebiet läuft in Parlamenten, Verwaltungen und Bildungsinstitutionen. Es entspricht aber ganz und gar nicht dem, was mit der Bildungspolitik auf dem Spiele steht oder den Interessen,

die dahinter stehen.

Es ist gerade charakteristisch für die Bildungspolitik unserer Zeit, dass sie sich vordergründig gar nicht um die wesentlichen Fragen dreht. Das hat verschiedene Gründe:

1. Weder pauschal noch punktuell lässt sich politisch ein Konsens über die Ziele der (von) Bildung herstellen.

Ueber die Wünschbarkeit von "mehr Bildung" im Allgemeinen ist man sich zwar offiziell fast durchwegs einig. Nur wenige leisten es sich, in der Öffentlichkeit um den Fortbestand von "Strassenwischern" und ähnlichen "dummen" Berufen zu fürchten — zudem haben wir die "Gast"-Arbeiter ...

Und dann ist ja eine gute Schulbildung grundsätzlich eine gute Sache — Das schweizerische Schulsystem ist ja in der Welt fast ebenso vorbildlich (Pestalozzi selig ...) wie die schweizerische Demokratie (1848). Eine gute Schulbildung ist ja Voraussetzung für einen kompetenten Souverain und damit für das Funktionieren der Demokratie — oder!

Im grossen Ganzen orientiert man sich also unter dem Begriff "Bildung" gerne am aufklärerischen Bildungsideal — wie man/frau auch in der ganzen Schulzeit laufend zu hören bekommt:

Bildung als Grundlage eines aufgeklärten menschlichen Lebens; einer bewussten Beziehung zwischen dem Menschen und seiner Welt; einer emanzipierten, eigenständigen Lebensgestaltung; Souveränität des Einzelnen
Bildung als Voraussetzung für eine offene Meinungsbildung und Auseinandersetzung zu gesellschaftlichen Fragen; eine kompetente demokratische Entscheidungsfindung;
Souveränität des Volkes

Ziel: Weltbewältigung, Handlungsfähigkeit im Ganzen — als Einzelner wie als Gemeinschaft — Souveränität

Doch, wenn es dann ernster wird, wenn es darum geht, so allgemeines Wohlwollen umzusetzen, ist man sich bald nicht mehr so einig. Dazu nur zwei neuere Beispiele:

1. In der Debatte um die Aufnahme des "Rechts auf Bildung" als Persönlichkeits- oder gar Sozialrecht in die Bundesverfassung gab es heisse Auseinandersetzungen darüber, ob es dabei um "Bildung" oder nur um "Ausbildung" gehen könne — am Ende ist beides durchgefallen.

2. Bei der Behandlung des Berufsbildungsgesetzes wurde lange und heftig gestritten, ob die Lehrlinge ein paar Wochenstunden mehr oder weniger zur Schule (für mehr allgemeinbildende Fächer) gehen dürfen ("müssen").

Während "Bildung" eher ein offener Anspruch ist, sich an allgemeinen, ganzheitlichen Zielen — oder eben Idealen orientiert, ist "Ausbildung" schon etwas überschaubarer: Am Ende einer "Ausbildung" steht ein "Abschluss", eine

Prüfung mit einem "Papier" als Quitting — und dann ist es vorerst mal "aus" mit "Bildung". In besseren Fällen besteht die Aussicht auf "Weiterbildung" für die Karriere (nur mit viel Aufwand und dazu Selbstdisziplin); in schlechteren Fällen auch auf "Umschulung" bei Arbeitslosigkeit.

"Aus-Bildung" steht im Zusammenhang mit der Industrialisierung und Vermassung: mit der Herausbildung einer immer höher differenzierten Arbeitsteilung und Spezialisierung in einer immer perfekter durchtechnisierten Arbeitswelt. Die Bildungsinstitutionen richten sich mit der Zeit immer mehr auf den je aktuellen Arbeitsmarkt aus: gesucht ist technisches Wissen, spezialisierte Einzel Fertigkeiten.

Die einstige Handwerkslehre verkommt zur Spezialausbildung für einige Handgriffe am Fliessband — im schlimmsten Falle in Form einer Anleihe. Der Architekt wird ersetzt durch den Bautechniker, den Statiker, den Betriebswissenschaftler etc. etc. — er selbst verkommt im besseren Fall zum Künstler:

Mit der Entfremdung der Arbeit einher geht die Entfremdung der (Aus-)Bildung — Verlust der Souveränität
Zur Straffung und Differenzierung der "Disziplinen" gehört die "Disziplinierung" der Schüler, Lehrlinge, Studenten.

Diese Tendenz zu einseitiger Technisierung, Mathematisierung und damit fachidiotische Engstirnigkeit betrifft nicht nur die Naturwissenschaften. Sie kann in den letzten Jahren vor allem in den Sozial-Wissenschaften schöne Terraingewinne verbuchen: So müssen zB. an der UNI Zürich die an einem breiteren, integrierten Ansatz von Psychologie interessierten Studenten bereits ernsthaft um ein entsprechendes Lehrangebot bangen, weil die hochspezialisierten Techniker doch so teure Maschinen und Einrichtungen brauchen (vgl. Nr. 00, Nov. 81 von "dk")

Fortsetzung Seite 4

editorial

Liebe Leser, "das Konzept" kommt jetzt zum 3. Mal in der neuen Form zu Euch — und wir hoffen, dass es Euch langsam zu gefallen beginnt.

Für uns von der Redaktion war das Ganze bis jetzt eine recht harte Sache: Nach dem Aussteigen der ehemaligen Redaktion im Sommer war von "das Konzept" materiell praktisch nichts mehr da. Die ganzen Produktionsmittel gingen an die WoZ über — inklusive Adresse & Telefonnummer, was für einen Betrieb wie eine Zeitung nicht unbedeutend ist. Zusätzlich zügelte das ganze Know-how der Zeitung, die über Jahre aufgebauten persönlichen Beziehungen zu Informationsquellen aber auch zu Inserenten, vollumfänglich mit — "das Konzept" war abgeben. So standen wir also da mit wenig mehr als einem Namen, einer Abo-Kartei und der Idee, eine nationale Zeitung

sei nach wie vor notwendig für uns als Organ des nationalen Studentenverbandes (VSS) — aber nicht nur als Blatt für Verbandsnachrichten sondern mehr als Forum zentraler bildungspolitischer Themen, die schwerpunktmässig zur Diskussion gestellt werden sollen. Im Vergleich zum früheren Konzept bringt das einige inhaltliche Beschränkungen mit sich, die aber wettgemacht werden sollen, indem "das Konzept" im relativen Vakuum von Bildung, Erziehung und den damit zusammenhängenden sozialen und kulturellen Bereichen in eine wichtige, auch über den schulischen Bereich hinaus, vermittelnde und politisierende Rolle hineinwachsen kann.

Vorläufig beginnen wir damit bei uns selbst nachliegende Fragen: Psychologisierung des studentischen Lebens, Grundlagen des Apparats in dem wir uns bewegen, seine Krise, unsere Kritik und Selbstorientierung, Ausbildung und Beruf ...

Nun, wir glauben, dass wir mit dieser Nummer bereits ein bisschen zufriedener sein können und dass die Zeitung weiter verbesserungsfähig ist, wenn ... — ja wenn:

Ihr das auch findet und das durch Euer aktives Interesse und Diskussionbeiträge, Informationen oder Kritik an der Zeitung zum Ausdruck bringt.

— einige von Euch durch ein eigenes Abo und/oder aktive Abo-Werbung etwas dazu beitragen, dass wir auch finanziell über den Berg kommen. Wir brauchen vor allem kurzfristig dringend Abonnenten bis wir die so gut abgestrahten Inserateweiden wieder etwas besser erschlossen haben.

Damit die Zeitung nicht in jedem Monat den Abonnenten in die Hände regnendes Blatt bleibt, solltet Ihr als Leser nicht beim ersten, finanziellen Hilfeschriftlein bleiben; Eure 10 Franken (oder mehr!), die Ihr grosszügig einbezahlt habt (oder werdet) lohnen sich erst dann, wenn Ihr die Zeitung auch braucht, wenn Ihr nicht nur auf sie reagiert, sondern aus ihr macht, was Ihr Euch vorstellt.

die Redaktion



Die Uni - ein politisches Exerzierfeld par excellence

Ein paar Gedanken zu einigen besonders brillanten Momenten der Debatte:

Wer aus dem Titel messerschärf schliesst, es gehe im Folgenden um die immer wieder gebräuchlichste kritische und politische Tätigkeit der Studentenschaft, der liegt falsch. Zwar ist die Studentenschaft unzufrieden mit der Exerzierfeld für angehende Jungpolitiker, wie die studiose Vergangenheit vieler, v.a. bürgerlicher Parlamentarier im Gr. Rat beweist. Das ist allenhalber gut so, stossen sich doch viele junge Böcklein ihre grünen Hörner ab und werden zum formbaren Wachs, aus dem der dynamische, aufstrebende Managertyp in Wirtschaft und Politik gemacht wird. Dieses aber Parlament hat während insgesamt eines ganzen Tages der dreieinhalbtagigen ersten Lesung darüber politisiert, ob die Studentenschaft Bern etc. politisches sei (wie jede andere Organisation in dieser Gesellschaft, die Interessen wahrnimmt und Meinungen vertritt), oder ob sie "unpolitisch" sein solle. Man stelle sich also allen Erstes die Frage, ob eine Studentenschaft, die wie kaum eine andere Institution mit ihrem Gesicht die politischen Machtverhältnisse im Staat widerspiegelt, aus eben diesem Raum, der sie erst gebiert, herausgehoben werden soll in eine Sphäre der gesellschaftlichen Neutralität, die nur die Wahrnehmung "standes"-bedingter Interessen zulässt.

Aus der vorwiegend polemischen und somit im landläufigen Sinn politischen Debatte entsprang dann vorerst der Entscheid, die heutige SUB sei zugunsten einer Ersatzlösung abzuschaffen, die man im Rückkommen, also nach Beratung aller Artikel, ausdübeln wollte. Damit war das erste Mitleiden gekühlt, viele eben noch in gegnerische Lager hinübergehenden Blicke wendeten sich wieder der unterbrochenen Zeitungslektüre - nun ging es ja wieder um Sachfragen und dafür hat man ja seinen Fraktionsprecher. Dass dann im Rückkommen der gleiche Art. 15, eben die ominöse Zwangskörperschaft, nur in einem anderen Kleid wieder aufgetischt wurde, störte plötzlich keinen mehr. Man hatte schliesslich vorgängig in einem Machtkakt demonstriert, wo Bartheli im Land der SVP den Most holt und aus dieser Herr-im-Haus-Position heraus konnte man sich ja dazu bewegen, auch einmal etwas Konstruktives in den Beratungen beizutragen. (Die SVP sitzt auf 74 von 186 Stühlen im Rat.)

Eine solch beinahe versöhnliche Haltung konnte man sich gestrotzt leisten, nachdem man auch in den Artikeln zur Mitbestimmung die Grenzen der bernischen Politik klargemacht hatte. Nur eine Mitbestimmung, die bei Bedarf d.h. bei allen heiklen Geschäften mit 100%iger Sicherheit zu einer Allmitwirkung reduziert werden kann, ist in Bern geeignet, Forschung und Lehre zu einem gesicherten Fortgang zu verhelfen. Auch bei diesen Artikeln konnte man wieder die "Demonstration der Arroganz der Macht", wie ein SP-Grossrat in Zeitungen schrieb, miterleben: sollte beispielsweise ein Antrag auf einen erweiterten Mitbestimmungsschlüssel in den Fakultäten (von 5:2:1 auf sage und schreibe 5:2:2) gebodigt werden, erhob sich der SVP-Block wie ein Mann, Kopf hoch, Blick stur gerade aus und setzte sich wieder mit dem sicheren Bewusstsein, einmal mehr für den Willen seiner Wähler treu und fest eingestanden zu sein.

Noch mächtiger fiel das Verdikt jener Arroganz aus, wenn ein Vertreter der

Wie schon im letzten "konzept" berichtet wurde, berät die Legislative des Kt. Bern (Grosser Rat) eine Teilrevision des Gesetzes über die Universität. Hauptpunkte aus unserer Sicht zu dieser Teilrevision - nicht zu verwechseln mit unseren eigentlichen bildungspolitischen Forderungen, die wir realtischerweise, beziehungsweise der Not gehorchend, in der Volksinitiative "Uni für Alle" formuliert haben - sind: der erleichterte Zugang zur Uni, die Verankerung einer mehr als nur feigenblättrigen Mitbestimmung, die Beibehaltung der Gesamtstudentenschaft als sog. Zwangskörperschaft.

POCH oder der linken Grünen zu einem Antrag die Abstimmung verlangte. Auch wenn er nur eine redaktionelle Korrektur verlangte, mit der sowohl die Kommissionspräsidentin (SVP) wie auch der Regierungsrat (FDP) ausdrücklich einverstanden waren; er wurde auch ohne nur eines Genotvotums für würdig befunden zu sein mit einer einfachen aber mächtvollen Turnübung gebodigt. So weit sind wir in unserem Staate Bern dann noch lange nicht, dass in den Protokollen die Annahme eines Antrages einer Gruppierung vermerkt wird, die mehr als nur das länderübliche Mass an Veränderung anstrebt.

Sehr erstaunlich auch, wie der Gr. Rat die "Referendumsfähigen", d.h. die mit dem Referendum drohenden Gruppierungen berücksichtigte. Der Senats-

ausschuss beispielsweise brauchte nur mit seinen Einwänden und Forderungen von ferne zu winken, schon schwenkte der Rat auf seine Wünsche ein. Ob da nicht die Referendumsfähigkeit gelinde überhöht wurde? Allein der Anblick von sich untern bare Volk (äh, wie gnusig) mischenden und Unterschriften sammelnden Professoren wäre das Risiko des Referendums wert gewesen. Die Referendumsfähigkeit der SUB dagegen ist klar (13 000 Unterschriften für "Uni für Alle"), ihre Minimalforderungen sind es ebenso. Der Begriff "Legislative" hatte ursprünglich den Sinn von gesetzgebend; im Trend von mehr Freiheit - weniger Staat soll sie wohl v.a. die Gesetzgebung verhindern. Diese Diskrepanz hat auch die bürgerliche Presse vermerkt und hat unvorbereitet, es mit der Machtdemonstration jetzt gut sein zu lassen und sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zurückzubestimmen.

Noch ein Wort zur unpolitischen Uni und ihrem noch unpolitischen Sekretär: Erstaunt nahmen wir anlässlich einer rektoralen Pressekonferenz die plötzlich recht politische Kommentierung des Ergebnisses der Umfrage zur Beibehaltung der Zwangskörperschaft durch unseren Unisekretär Mürner zur Kenntnis: es seien die 300/0 Neinstimmen nicht zu vernachlässigen, die geradezu nach einer Lockerung des Zwangsverbandes i.S. eines Austrittsrechts oder dergleichen schreien würden. Eine klare politische Äusserung gegen die Zwangskörperschaft, dies im Namen des Rektors und dies, nachdem Mürner noch Tage zuvor gemäkelt hatte, nach seinem maximalen Engagement für ein positives Ergebnis der Umfrage - natürlich bei der nötigen Zurückhaltung eines "Unpolitischen" - erwartete er grössere Anstrengungen der "Stu-

Basler Studentenschaft:

Verdammt - wir müssen etwas tun!



Mitgliederschwind und Finanzloch haben die Schwäche der Basler Studentenschaft offensichtlich werden lassen. Unter den wenigen aktiven Studenten ist eine heftige Diskussion über die Ursachen entbrannt. Ist eine Strukturreform dringend? Wie können vor allem Studis aus unteren Semestern für eine aktive Studententypik gewonnen werden?

Eine Aktion der Jus-Fachgruppe hat die latenten Probleme der Basler Studentenschaft (StuB) in den Köpfen der mehr oder weniger aktiven Mitglieder wieder wachgerufen. Mit einer kurzfristig einberufenen Notstandsitzung, mit der Drohung aus der StuB auszutreten und den Vorstand abzusetzen, haben sie ihren Aergern unterstrichen. Gründe dafür gibt es genügend: Ein Finanzloch von 4000.- allein vom letzten Semester. Die Mitgliederzahl ist auf 550 zusammengeschrumpft. Nur 4 Studis haben sich bereit erklärt in dem eigentlich neunköpfigen Vorstand mitzuarbeiten. Die StuB-Ratsitzungen waren bisher nur schlecht besucht und die Fachgruppen wurden immer schlaffer. Eine kritische Stimmung in den Vorlesungen ist immer mehr verschwunden und die letzte Kampagne gegen das Lateinobligatorium ist mangels Reaktionen seitens der Studenten gestrandet.



Strenge Selektion, Verschulung und drohende Akademikerarbeitslosigkeit haben das Klima für fortschrittliche Unipolitik verschlechtert. Alte Aktivisten machen ihre Abschlüsse und neue Aktivisten sind nur wenige dazu gekommen. Das allein erklärt aber sicher nicht die Schwäche der StuB. Konnten doch durch die Krisenstimmung ca. 60 Leute an die StuB-Ratsitzung mobilisiert werden, denen das Fortbestehen einer fortschrittlichen Studentenorganisation am Herzen liegt. Die Jus-Studenten sehen die Probleme vor allem in einer Strukturkrise und schlagen vor, den Vorstand und den StuB-Rat durch eine Koordination der Fachgruppen zu ersetzen. Germanisten wollen die Kompetenzen der

Fachgruppen vor allem in finanziellen Belangen vergrössern. Die Historiker sehen darin aber kosmetische Übungen, die ausser einer Umbenennung der Organe nichts ändern

An kritischen Stimmen gegenüber dem VSS und seinem Vorstand hat es - vor allem im letzten Jahr - nicht gefehlt. Es würde zuviel Geld in einem freischwebenden Wasserkopf gesteckt, es bestehe kein Kontakt zu den Studenten, die Strukturen müssten verändert werden, mehr aktiv / weniger reaktiv gearbeitet werden...

VSS - es geht weiter!!!

Für viele trug der "Höhepunkt" der VSS-Krise das Datum 7.7.81. An diesem Delegiertenrat konnte bekanntlich kein Vorstand gewählt werden. Zum Glück haben wir keine "armen Schweine" für ein weiteres Jahr üblicher VSS-Tätigkeit an den Haaren herbeiziehen können! Niemand hat die traditionelle Arbeitsweise und Strukturen des VSS retten wollen! Aber es hat genug Leute gehabt, die einen nationalen Dachverband nach wie vor sehr wichtig gefunden haben. Eine Folge war das zweiteilige VSS-"Standortseminar" anfangs November letzten Jahres. Neben einer breiten Diskussion im Plenum über den Sinn des VSS wurden ausgewählte Problemkreise in Arbeitsgruppen besprochen. Strukturen - sind sie überhaupt wichtig? Anscheinend krankt der VSS auch an seinen "demotivierenden" Strukturen, obwohl immer wieder betont wurde, die Stärke einer studentischen Vertretung, ihre Fähigkeit "studentische" Anliegen durchzusetzen, sei von ihren politischen Inhalten bestimmt. Wir diskutierten entsprechend intensiv auch die inhaltliche Frage: auf welchen Themen muss der VSS arbeiten, bzw. auf welche soll er sich beschränken?

Einige Themen stehen nun als Schwerpunkte fest: a) Stipendienpolitik: beschlossenen und schon in vollem Gange ist die Lancierung einer Petition zur Beibehaltung der Bundesubventionen und für ein nationales Stipendiengesetz, das ausreichende Stipendien garantiert. Gleichzeitig wird weiter mit dem Coordinamento degli Studenti Ticinesi zusammengearbeitet (Organisation gegen den mas-

Friedensveranstaltung verboten

Die flippigen Entscheidungstouren der Zürcher Erziehungsdirektion / Ethnoskandal, Beschuldigung des Videofilms, Ausschuss eines Studenten von der Uni - zeigen Wirkung auch auf höherer Ebene: Die Professoren klemmen selber ab, was ihnen eventuell Schereine mit Gilegns ED eintragen könnte. Beispiel: Die Bresche-Hochschulgruppe an der Uni Zürich (BHG) wollte eine Veranstaltung "Wer den Frieden bedroht?" an der Uni durchführen. Der Senatsausschuss versagte die Bewilligung. Er würigte gleich noch ein zweite Veranstaltung - eine Ausstellung zum Thema "Zivildienst" - mit ab.

So hat sich das Ganze (laut "zs" 20 und 21/22) in jener Senatsausschuss-Sitzung zugetragen: Das BHG-Bewilligungsgesuch wurde gar nicht erst diskutiert. Die Herren-Ausschuss-Mitglieder sagten einfach nein. Erst als die Frage aufgeworfen wurde, wie auf einen zu erwartenden Rekurs zu reagieren sei, nahmen sich die Profis der Sache an. Und mit dem Gummi-Uni-Regulativ hatten sie ein gefügiges Instrument zur Hand, die leidige Sache zu bodigen. Die Bewilligung kann verweigert werden, "wenn die Veranstaltung agitatorisch-provokativen Charakter hat oder wenn die Störung des Unterrichtes oder des allgemeinen Betriebes zu befürchten ist."

In der Presse stand nachher zu lesen, Uni-Rektor Hilty habe sich für die Veranstaltung eingesetzt. Kaum zu glauben, konnte nicht wahr sein und war auch nicht wahr. Hilty stütze sich fälschlicherweise auf die Profis - wie er es in einem Schreiben an die Senatsausschuss-Mitglieder zum Ausdruck bringt. Zur Presse/Radio-Ente kam es laut Hilty, weil die bösen Schreiberlinge Hiltys Äusserungen gegenüber einem Radiomann entstellte weitergegeben haben sollen. Hilty hat dem DRSt-Mensch laut eigenen Angaben gesagt: "Auf die Frage nach den Gründen der Ablehnung führte ich aus, nach der Auffassung des Senatsausschusses sei die Durchführung der in Frage stehenden Veranstaltung nicht im Interesse der Universität. Man wolle vermeiden, dass die Universität in Demonstration der Friedensbewegung hineingezogen werde. Als Herr Weiss mich fragte, ob ich dies persönlich befürchte, verneinte ich dies..."

Nun, wie Herr Hilty die Meinung des Senatsausschusses ergründete, nachdem dieser ja inhaltlich nicht diskutiert hatte, bleibt schleierhaft. Ist auch nebensächlich. Entscheidend ist ja, dass die Herren ausgerechnet im Fall der Friedensbewegung und nach vielen Jahren wiederum mittels eines Raum-Verbots - was auf ein Veranstaltungsverbot an der Uni hinausläuft - den anscheinend gehen wollen, als bemühen sie sich doch tatsächlich und mit andauernder Ernsthaftigkeit, die Uni als Ort der lauten Wissensmehrung zu erhalten und aus den Trubeln politischer Wirrwäre hinauszuhalten - ihre Scheinheiligkeit stinkt zum Himmel.

- a) Stipendienpolitik: Die Stipendienkommission des VSS bleibt bestehen und lanciert die Petition.
b) Information: Das Bedürfnis, besser zu informieren, hat sich nun konkretisiert: Der VSS gibt "das Konzept" in enger Zusammenarbeit mit der Redaktion wieder heraus, wobei der Schwerpunkt auf Hochschul- und Bildungspolitik gelegt wird. Die seit letzten Sommer tätige Arbeitsgruppe wird die redaktionelle Arbeit weiterführen.
c) Strukturen: in einer neu gebildeten Arbeitsgruppe wird weiter über sinnvolle VSS-Strukturen diskutiert; daneben sollen Vorschläge erarbeitet werden.
d) Frauenpolitik: die schon seit mehreren Jahren bestehende Arbeitsgruppe führt die Untersuchung über Studienabbruch bei Frauen zu Ende. Das nächste Thema der VSS-Frauengruppe steht noch nicht fest, doch mangelt es nicht an Vorschlägen: Frauengrundstudium, Verhalten von Frauen und Männern im Unibetrieb, Frauen und Wissenschaft, Frauen und Beruf...
e) Alternative Uni Schweiz: die schon seit Jahren bestehende Idee, alternatives Lehrgeschehen zu koordinieren, ist nun auf dem Weg zur Wirklichkeit. Neben der Koordination von schon bestehenden "alternativen" Seminaren sollen auch eigene Initiativen entwickelt werden. Eine Arbeitsgruppe klärt die Möglichkeiten einer derartigen Tätigkeit ab.
f) Forschungspolitik: Von vielen wird die Notwendigkeit, sich vermehrt damit auseinanderzusetzen und Forderungen zu stellen, betont, doch besteht zur Zeit keine Arbeitsgruppe.
g) Und alles andere wie: Studienreform, Internationales, Medizinerausbildung, Lehrwerkstätteninitiative... ist auf Sparflamme heruntergeschraubt worden.

Die Schwerpunkte der VSS-Tätigkeit liegen somit dort, wo Arbeitsgruppen funktionieren, also: Stipendien, Konzept, Strukturen, Frauen, Alternative Uni Schweiz. Weitere Schwerpunkte können hinzukommen. Und der Vorstand? Es gibt keinen hauptamtlichen Vorstand, doch eine Arbeitsgruppe "Koordinierung". Jede VSS-Gruppe delegiert jemanden in diese Gruppe, die zusammen mit der Administratorin die Vorstandstätigkeit weiterführt. Die Arbeit geht weiter: die Arbeitsgruppen funktionieren weiter, neue sind entstanden, 2 DRs wurden durchgeführt, "das Konzept" erscheint... Es geht weiter!!!

das Konzept
DIE MONATSZEITUNG
Redaktion: Mathias Brüllmann, Urs Diethelm, Pierre Hans, Marianne Högstedt, Jean-François Steiert
Redaktion und Administration: c/o VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern
Tel. 031 23 28 18
PC-Konto 30 - 24 513
Herzgeber: VSS
Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk.
Auflage: 20 000
Abonnemente: 10 Franken oder mehr im Jahr
Inserate: Tel. 01 241 43 37
1-sp mm-Zeile (27 mm): -62 Fr.
Druck und Versand: Genodruck Biel

Friedenswoche VSU - VSETH in Zürich

Mehr Intelligenz für den Krieg?

Zwischen dem 14. und 18. Dezember 81 fanden im Studentischen Zentrum (Leonhardstr. 19, in Zürich) verschiedenste Veranstaltungen zum Thema FRIEDEN statt. Wir hatten diese Woche in der 00-Nummer von "das konzept" angekündigt und möchten nun hier auch etwas davon berichten.

Wir haben dazu zwei Darstellungen erhalten, die sich in der Einführung entsprechen oder ergänzen, was uns die Möglichkeit zu einer Zusammenfassung gegeben hat. Die Stellen, die den Charakter von Stellungnahmen und speziellen Sichtweisen hatten, sind hier als Zitate gekennzeichnet und mögen auch unterschiedliche Ansprüche und Perspektiven illustrieren. (Pierrot)

mussten wieder gestrichen werden) — auf Kosten von Abteilungen, die einen Beitrag leisten können zur Lösung der anstehenden Probleme: Weltenernährungssituation, Energie/Umweltprobleme, Jugend Arbeitslosigkeit

"Unseres Erachtens ist der Ausdruck 'Militärwissenschaften' ein Widerspruch in sich. Wissenschaft nach unserem Verständnis muss eine geistige Auseinandersetzung mit der Umwelt zum Wohle des Menschen sein. Dazu ist der Respekt vor jedem Individuum in seiner Einzigartigkeit und der Möglichkeit seiner Selbstentfaltung eine unabdingbare Voraussetzung. Militärisches Handeln dagegen negiert das Existenz- und Entfaltungsrecht des Individuums." (H. Hochreutener)

Was hat die Woche gebracht ?

"Die ganze Woche fand ein positives Echo und der Saal des Studentischen Zentrums war jeden Abend randvoll. Ich möchte aus dieser Woche ein paar Veranstaltungen, die mir besonders gefallen, herauspicken und kurz beschreiben:

Am Montag trugen drei Frauen vom Schauspielhaus "Gedichte gegen den Krieg" vor, die an den "gesunden" Menschenverstand appellierten und den Irrsinn des Krieges und die Erstarrung der Gefühle beschrieben.

Abends fand ein heftig geführtes Streitgespräch zum Thema "Was ist Friedensforschung?" statt. Die Anwesenden konnten sich mit den Argumenten beider Seiten auseinandersetzen und eine eigene Meinung bilden und formulieren. Dienstag. Wir führten ein Planspiel durch zum Thema Abteilung XI. Alle konnten mitspielen. (Folgende Rollen waren zu besetzen: Studenten an der Abt. XI, Studenten gegen die Abt. XI, Professoren und Schulleitung) Wir sahen die Möglichkeiten sich gewaltfrei gegen eine Institution zu wehren und spürten auch die Grenzen ganz deutlich.

Die Podiumsdiskussion am Abend (ETH, Forschung, Wirtschaft, Armee) überzeugte mich nicht ganz. Die Ansätze im Gespräch waren gut, aber wir hatten, um ein möglichst breites Spektrum abzudecken, zu viele Leute eingeladen, was auf das Gespräch eher hemmend wirkte. Die Frauenkommission hat den Donnerstag organisiert. Zuerst führten sie ein Theater zum Weitzel-Bericht auf. (Komisch, dass es Leute gibt mit so absurden Ideen) Anschließend Workshops und Diskussionsgruppen, die aktive Mitmachen und nicht nur Konsumieren verlangten.

Wir hoffen, dass der Kampf ums Überleben mit dem Friedensfest am Freitagabend nicht einfach aufgehört hat, sondern dass wir in dieser Woche viele neue Leute von der Notwendigkeit der Friedensarbeit überzeugen konnten." (H. Hochreutener)

"Wir haben Informationen vermittelt und mit den Leuten diskutiert. Trotz wissenschaftlich aufgearbeiteter Daten und kompetenter Referenten, war es nicht möglich gegen die hartnäckig "neutrale" Haltung anzukommen: Schweizerinnen/Schweizer scheinen sich nicht engagieren zu können. Man/frau bleibt lieber ausgewogen, anstatt klar gegen die Kriegstreiber Stellung zu beziehen und Forderungen anzubringen. Informationen aufnehmen ist eine Sache, Schlüsse daraus zu ziehen und zu handeln eine zweite! Ein unreflektierter Antikommunismus und ein tiefes Misstrauen gegen sozialistische Staaten scheinen auch in den Köpfen von Studentinnen/Studenten verankert zu sein. Zu den Veranstaltungen kamen hauptsächlich Leute, denen die Erhaltung des Friedens ein Anliegen ist, die aber sonst politisch wenig bis gar nicht engagiert sind. Das brachte insofern Probleme, als die politisch engagierten Studentinnen/Studenten durch Abwesenheit glänzten. Somit fehlten Leute, die sich den nötigen Informationshintergrund nach den Veranstaltungen an den verschiedenen Gesprächsgruppen beteiligen hätten.

Das reflektiert einmal mehr die Krise des VSU. Der Verband hat nicht mehr das Potential, die Arbeit seiner verschiedenen Aktionsgruppen positiv zu unterstützen. Das bewirkt eine zunehmende Abspaltung der AGs, die immer mehr auch eine inhaltliche Eigen Dynamik entwickeln, während der Verband in seinen Problemen versumpft." (AG Frieden, VSU)

"Ich möchte auch allen, die etwas organisieren wollen. Mut machen: Unsere Veranstaltungen waren ein durchschlagender Erfolg und hat uns neue Energie gegeben in diese Richtung weiterzuarbeiten." (H. Hochreutener, VSETH)

PS: In der nächsten Nummer wird voraussichtlich eine kurze Besprechung der Veranstaltung mit Dr. med. Mörchel über die Militarisierung der Ärzteschaft als exemplarisches Beispiel für die Vereinnahmung "gewöhnlicher" Wissenschaften in Rüstung und Militarisierung erscheinen.

PPS: nächste Veranstaltung im StUZ in diesem Themenbereich: siehe "Veranstaltungen", Seite 6.

Ruf nach mehr Allgemeinärzten im Nationalrat

es, dass nach einer Expertenkommission in der Schweiz im Bereich der Medizin ihr Unwesen treiben, können beruhigt aufatmen: nach mehr als zehnjährigen Beratungen, Expertenberichts austausch, Manöver und anderen Bausteinen ist die Medizinprüfungsordnung wieder zustande gekommen. Allerdings wurde sie in einem Bereich allzustark populären Modetendenzen angepasst, die nur vorübergehende Hirngespinnste trotzt der Medizinisten sind; die eigenössischen Räte haben sich in ihrer Unkenntnis der Sachlage dazu bewegen lassen, das neue Ausbildungsziel als "Befähigung zur ärztlichen Tätigkeit mit besonderer Berücksichtigung der allgemeinen medizinischen Praxis" zu formulieren. Ursache allgemeiner Empörung ist nun allerdings der VSM (Verband der Schweizer Medizinstudenten) geworden, dem zuliebe diese utopische Konzeption zum Teil gemacht worden ist; in einer offiziellen Stellungnahme legte dieser Verband folgende Vorwände und Forderungen dar, die wir ihrer Bezugslosigkeit zu jeglichem realistischen Denken wegen unseren geschätzten Lesern nicht vor enthalten wollen:

1. Wenn im Ausbildungsziel die Befähigung zur ärztlichen Tätigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Allgemeinmedizin gefordert wird, so muss auch der übrige Teil des Reglements entsprechen! Mit diesem Reglement wird aber weiterhin eine Ausbildung ermöglicht, die sich nur an Einzelfachern orientiert. Darin taucht die Allgemeinmedizin widersprüchlicherweise höchstens als weiteres Spezialfach auf, anstatt als tragendes Prinzip verankert zu werden.
2. Die Vorklinik bleibt mit dem neuen Reglement praktisch unverändert, eine einseitige, nicht berufsbezogene Selektion aufgrund von naturwissenschaftlichen, theoretischen Kenntnissen bleibt bestehen. Weiterhin werden unter "Studienzeitverlust" naturwissenschaftliche Fächer geprüft und doziert. Wir fordern, dass die naturwissenschaftlichen Programme gekürzt werden zugunsten psychosozialer Fächer, die nachgewiesenermassen bei Studenten auf grosses Interesse stossen und für die Praxis von Bedeutung sind.
3. Sozial- und Verhaltenswissenschaften, die heute im Medizinstudium kaum vorhanden sind, müssen darin einbezogen werden - eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wenn man die Diskussionen um eine ganzheitliche Medizin kennt. Es besteht die Gefahr, dass die Prüfung in "Grundlagen der psychosozialen Medizin" nur auf wenige Vorlesungen in medizinischer Psychologie und Soziologie basiert, und nicht in einen eigenständigen Instituts- und Forschungsrahmen gestellt wird.

Wie man sieht, hat auch die dem VSM grosszügig angebotene Möglichkeit, an der Vorbereitung eines Entwurfs zur neuen Arztprüfungsverordnung mitzuwirken, demjenigen nicht dazu verhelfen, eine realistische Einschätzung der heutigen Lage samt den einschränkenden Sachzwängen zu erhalten. Ueber die Zielausrichtung der Räte im Bezug auf vermehrte Gewichtung der allgemeinmedizinischen Ausbildung kann man sich streiten; man muss die Verordnung jedoch so nehmen, wie sie nun steht, will man nicht unser vielfach bewährtes, demokratisches Delegationssystem in Frage stellen, was einer auf kurzfristige Interessen befristeten Selbstzerfleischung gleichkäme. Es sollte aber jedem klar sein, dass die Verwirklichung der nun bestimmten Zielsetzungen erst in etwa zehn Jahren möglich sein wird, d.h. nach der Bewältigung des jetzt noch anfallenden Medizinstudentenberges. Bis dahin sind die jetzigen Bestimmungen, die den heute noch gültigen Zielvorstellungen über Medizinalausbildung durchaus entsprechen, die also durch die Förderung der Lernfähigkeit, daneben auch durch das Vermitteln von fachbezogenem Wissen, den Studenten auf eine praktische Art auf seine zukünftige Tätigkeit als Arzt, Zahnarzt oder Tierarzt vorbereiten, immer noch gewinnbringend anzuwenden.

Keinesfalls dürfen die Vorgänge an der ETH als Ausnahme betrachtet werden. Die Expansion des Militärs und insbesondere des Militarismus schreitet schnell voran. Das alles fällt umso mehr ins Gewicht, als EMD-Krise bis jetzt ein Friedensforschungsinstitut in der Schweiz erfolgreich verhindern konnten.

Als Protest dagegen hat der VSETH, zusammen mit dem VSU und anderen interessierten Organisationen, die Friedenswoche veranstaltet und gleichzeitig eine Unterschriftensammlung gegen den Ausbau der Abteilung XI lanciert. Das Ziel der Woche war die Aufarbeitung des Themas Frieden unter folgenden Aspekten: Militarisierung der Gesellschaft (Informations und Diskussion zum Gesamtverteidigungskonzept und zum Zivilschutz; Friedensforschung; Podium zur ETH: Forschung, Wirtschaft und Armee; Waffenaufuhr; Atomforschung; Frauen und Militär (Weitzelbericht); Zivildienstinitiative, Militärdienstverweigerung.

"Die AG-Frieden des VSU versuchte, die internationalen politischen Zusammenhänge aufzuzeigen, anhand von Filmen, Diasschau und einem Podiumgespräch: Dr. med. Mörchel (Frankfurt) sprach über die Militarisierung der Ärzteschaft und die Folgen eines Atomkrieges; Prof. Dr. Schau, Gesellschaftswissenschaftler (Stuttgart), erklärte die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge im internationalen Rüstungswettlauf. Beide engagieren sich in der BRD-Friedensbewegung (Krefelder Appell). Als dritter Referent war L. Nilus eingeladen, ehemaliger Direktor des Instituts für internationale politische Fragen des ökumenischen Bundes der Kirchen." (AG-Frieden)

Versucht man nun einen Ueberblick über die jetzige Situation zu gewinnen, kann man doch feststellen, dass vorläufig kein tief bewegender Grund zur Beunruhigung da ist: trotz der oben erwähnten Bedenken bringt das neue Reglement keine bedeutsamen Einschnitte in unser bewährtes Gesundheitswesen. Frank. M. Händel

Liebe "alte" konzept-Abonnenten:

dies ist **das letzte konzept**

das ohne Erneuerung des Abonnements in den Briefkasten flattert! Du kannst aber jetzt das Abonnement für nur Fr. 10.- (Unterstützungsbao Fr. 20.-) bekommst Du 10 Nummern pro Jahr. Es können aber auch alle anderen 'das konzept' abonnieren! Kein Zwang mehr, in die (Hoch)Schule zu gehen, um 'das konzept' zu holen!

P.S. Wir sind dringend auf Abonnenten angewiesen, wollen wir noch weiter ein gutes 'konzept' herausgeben!

Ich möchte 'das konzept' ab abonnieren:

Name:

Vorname:

Adresse:

Einsenden an: 'das konzept', c/o VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern.

BETON

Solidarität?

js. Als 2734ste Zeitung in der Schweiz bringt nun auch "das Konzept" die obligate Polenseite. Nochmals dieselben tief-schürfenden Analysen über möglichst entfernte Ereignisse, von phantasievollen Redaktoren oder anderen ruhesuchenden Hochflügeln nach der letzten Tagesschau erdacht?

Ueber Polen wurde in den meisten Medien ausführlich spekuliert - getrauert - nachgedacht; was kann mensch hier dazu tun? Den armen Hungernen und Friedriechen im kalten Polen Guetzli und Kleider schicken? Stillschweigend sich von den die vom kommunistischen Al-

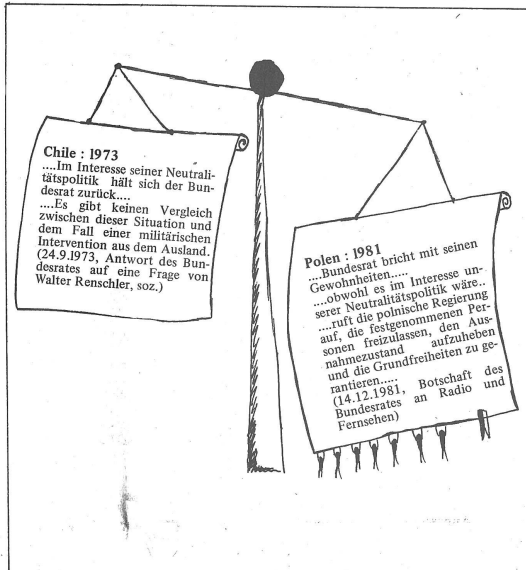
terweltübel unterdrückten katholischen Polen liebenswürdigsterweise unterstützenden gutchristlichen Organisationen distanzieren? "das Konzept" sprach mit Jacques Eschmann, Mitglied der Partise Socialiste Ouvrier (SAP), der sich mit seiner Partei in der Schweiz wohl am stärksten um in Polen sich konkretisierende Probleme gekümmert hat, über Nützlichkei bzw. Kontraproduktivität entfremdender Unterstützungsversuche über mögliche Betroffenheiten Einzelner entfernten Ereignissen gegenüber, usw.

strukturverschiebung nur noch folgt, ohne darauf einen grossen Einfluss gewinnen zu können, sozusagen als einzig opportunes Mittel zur Selbsterhaltung. JE: Ich gehe sogar viel weiter: auch wenn die Kirche hundertprozentig mit Solidarinos fungieren würde, müsste Solidarinos unterstützt werden, denn sie hat Vorstellungen, die meinen eigenen sehr genau entsprechen; da spielt es keine Rolle, ob Ayatollahs oder Pfarrer dahinterstecken. Was zählt sind ihre Verwirklichungen, und sie verwirklichen das sozialistische Programm. Du kannst die Kirche nicht als eigenständiges Uebel sehen; wenn eine Gesellschaft wie sie sich Solidarinos vorstellt aufgebaut wird, ist für eine Kirche gar keine Notwendigkeit mehr da, sie verschwindet weil sie keine Funktion mehr hat. dk: Aber du musst doch sehen, dass viele Mitglieder von Solidarinos, die zwar auf gesellschaftlicher Ebene sozialistische Forderungen durchsetzen wollen, der Kirche sehr eng verbunden sind; diese Kirche ist aber gerade in Polen sehr traditionalistisch eingestellt und verhindert auf individueller Ebene jegliche Oeffnung; es gibt noch so progressive Gewerkschaftler, die in ihrem Privatleben sehr traditionalistisch eingestellt sind; kann nun ein neues Gesellschaftssystem diese traditionalistische Haltung des Einzelnen aufheben, oder ist es nicht eben diese Haltung, die längerfristig die Verwirklichung sozialistischer Grundsätze verhindern wird? JE: Man muss eben Solidarinos trotz der Kirche unterstützen; es ist deshalb auch wichtig, dass hier die Gewerkschaften und Linksparteien mit aller Kraft Solidarinos unterstützen, um ihr zu ze-

gen, dass sie hauptsächlich von den Arbeitern und nicht von christlichen Kreisen unterstützt wird; in Frankreich zum Beispiel wurde der Solidaritätsstreik ausser von der CGT (KP-nahe Gewerkschaft, red.) von allen Gewerkschaften sowie den sozialistischen Parteien befolgt. dk: damit spricht du ein zweites Dilemma, das potentielle Teilnehmer an Solidaritätskundgebungen betreffen kann, an: die verschiedenen Medien vermitteln seit der Machtergreifung des polnischen Militärs den Eindruck einer Einheitsfront gegen die polnische Militärregierung; es wird mehr oder weniger absichtlich übersehen, dass es sich um einen Kampf für Solidarinos, nicht gegen KP-Regimes allgemein handelt; glaubst du nicht, dass die Unterstützung Solidarinos's, durch rechte Medien verformt, die erneuerungsfähige Haltung verschiedener Bevölkerungsschichten fördert, und somit vor allem rechten Kreisen nützlich ist?

dass Sozialismus eben nicht diese Schweinerei ist, die dort getrieben wird. Mich stört's nicht, wenn die Bürgerlichen Solidarinos unterstützen; aber das tun sie natürlich nicht, einerseits aus ideellen Gründen, andererseits aber auch wegen der Verschuldung Polens, die aus ihren Augen von einem straff organisierten Regime viel besser überwunden werden kann. Das muss man den Leuten zeigen. dk: Aber wie soll diese Realität an die Öffentlichkeit gelangen? Du weisst doch genau, dass die Medien so weit manipuliert werden, dass eben doch der bürgerliche Standpunkt durchkommt. JE: Natürlich, aber einerseits haben wir eigene Kommunikationsmittel wie Gewerkschaftszeitungen, Flugblätter, Aufrufe, usw., und andererseits ist es immer noch besser etwas Begrenztes zu machen, als einfach stillschweigend dem Ganzen zuzusehen. Oder findest du es etwa besser, die Bürgerlichen alleine schreien zu lassen?

oder ohne Beteiligung der Linken als primär entsozialistisch empfunden werden, denn da schneidet man sich ja ins eigene Fleisch. JE: Da musst du aber sehen, dass in den letzten Jahren die SAP immer breiteren Bevölkerungsteilen deutlich machen konnte, dass sie sowohl gegen Washington- wie gegen Moskau-treue Diktaturen kämpft. Durch das ist es uns zum Beispiel auch gelungen, innerhalb verschiedenster Gewerkschaften glaubhaft zu werden und arbeiten zu können. Die "linksextrremen Gruppen" sind nicht mehr so schwach, dass ihre Meinungen beliebig verfälscht an die Öffentlichkeit getragen werden können. dk: Du wirst also den Kampf für Solidarinos trotz der Nebenwirkungen, die sich zu Hauptwirkungen ausdehnen können, weiterhin vorbehaltlos unterstützen? JE: Ja. Egal was für Konsequenzen das auch haben kann, Solidarinos muss unterstützt werden, indem man Geld und Lebensmittel schickt, ihnen durch Kundgebungen und Appelle unsere Solidarität auch verdeutlicht, sie brauchen das. Andererseits ist es für uns wichtig



JE: Unser Interesse ist es, neue Ideen wie die von Solidarinos hier in Westeuropa zu popularisieren, um zu zeigen, dk: Ja, wenn man annimmt, dass die Solidaritätskundgebungen, deren Aussagen durch die Medien verformt werden, mit

Lieber **das Konzept** in der Hand als die auf dem Dach

zu zeigen, was Sozialismus sein kann, was er in Polen zum Teil geworden ist.

Adresse in Polen für Lebensmittel, Kleider, usw - Sendungen
Zgromadzenie Siostro Ursulanek
S. Halina Rzeznickuzk,
M. Wislana 2
00-317 Warszawa

Gewehre an der Uni

Mehr als 1600 Student/inn/en der Uni Zürich und der ETH protestieren gegen die militärische Besetzung der palästinensischen Universität Bir Zeit durch die israelische Armee.

DIE SCHLIESSUNG

Das Wintersemester ist futsch. Am 4. November wurde die Universität Bir Zeit von israelischen Soldaten besetzt und für zwei Monate geschlossen. Verantwortlich für diese Operation: Menachem Milson, beurlaubter Professor für arabische Literatur an der hebräischen Universität von Jerusalem, Reserveoffizier der israelischen Armee, seit dem 1. November "Zivilgouverneur" über das militärisch besetzte Westjordanland. Auf seinen Amisamt hat die palästinensische Bevölkerung mit Proteststreiks und Demonstrationen reagiert, den heftigsten seit einem Jahr. Denn die Einsetzung eines Zivilgouverneurs für Judäa und Samaria - so die offiziell von Israel vorgeschriebene Bezeichnung - ist nicht nur eine Verschleierung des militärischen Charakters der Besetzung, sondern auch ein weiterer Schritt zur An-

Akademische Freiheit im besetzten Gebiet?

Seit ihrer Gründung ist diese Universität den israelischen Herrschern ein Dorn im Auge. Systematisch werden ihrer Entwicklung Steine in den Weg gelegt: Verweigerung der Arbeitsbewilligungen für Dozenten, Verzögerung von Baubewilligungen, prohibitive Gebühren und Zölle (bis 100 Prozent), Zensur universitätsinterner und Verbot ausländischer Publikationen, aber auch Verhaftungen und Folterungen von Student/inn/en sind an der Tagesordnung. Begründung: Die Universität sei eine "Bruststätte des Terrorismus", die Student/inn/en hetzen die Bevölkerung gegen Israel auf. Als ob das angesichts der ständigen Landenteignungen, Häusersprengungen, Verhaftun-

DIE UNIVERSITAET BIR ZEIT



- 1974 Gründungsjahr. Hervorgegangen aus dem "Birzeit College".
- 1976 Mitglied der Vereinigung arabischer Universitäten.
- 1977 Mitglied der internationalen Vereinigung der Universitäten.
- 1981 zählte die Universität 1800 Student/inn/en (20 Prozent Frauen) in 4 Fakultäten (Arts, Commerce and Economics, Engineering, Science).
- Offizielle Universitätssprache ist Arabisch, Unterrichtssprache aber noch vorwiegend Englisch.
- Bis 1985 soll die Kapazität auf 5000 Student/inn/en erweitert werden. Ein neuer Campus ist im Bau.
- Finanzierung: Studiengelder (25 Prozent des Betriebsbudgets), Schenkungen, Spenden. Keine Subventionen !!

Auch israelische Wissenschaftler demonstrieren für die Bildungsfreiheit. Mit der Parole "Soldiers out - students in" stiegen sie in Ramallah, Jerusalem und Tel Aviv für ihre arabischen Kollegen auf die Barrikaden. Und auch in Europa will man nicht länger die Augen schliessen vor den Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten. In Zürich wurde eine Petition für die Wiedereröffnung der Uni Bir Zeit innert fünf Tagen von mehr als 1600 Hochschulangehörigen unterzeichnet.

"Was nützt das schon?" fragten viele, die wir um ihre Unterschrift gebeten hatten. Sicher wird sich Sharon nicht über Nacht in einen Friedenspolitiker verwandeln. Aber vielleicht ist es der Regierung Begin doch langsam lästig, wenn ihre Propagandalüge von der "liberalen Besetzung" immer wieder entlarvt wird. Auch in Israel gibt es Friedenskräfte, die sich für einen Rückzug aus den besetzten Gebieten einsetzen; ihnen können wir mit unserer Aktion den Rücken stärken. Am wichtigsten aber ist der Ausdruck unserer Solidarität für die betroffenen palästinensischen Student/inn/en selbst: Nur wenn sie wissen, dass sie nicht isoliert sind, können sie durchhalten bis ihr Traum verwirklicht ist: ein demokratischer Staat in Palästina.

PETITIONSTEXT

Sehr geehrter Herr Sharon, Wir protestieren gegen die Schliessung der palästinensischen Universität Bir Zeit und gegen die Verhaftung zahlreicher Dozenten und Studenten. Die Schliessung der Universität richtet sich gegen die kulturelle Identität der Palästinenser und ist ein Verstoß gegen das in Art.26(1) der UNO-Menschenrechtserklärung garantierte Recht auf Bildung. Wir fordern die unverzügliche Oeffnung der Universität, die Freilassung der inhaftierten Dozenten und Studenten und die Garantie der akademischen Freiheit für die Universität Bir Zeit sowie für die andern palästinensischen Bildungsinstitutionen.

Die Universität Bir Zeit wurde am 4.1.1982 auf Beschluss des obersten israelischen Gerichtshofes wieder geöffnet; acht der neun Mitglieder des Studentenrates der Universität stehen unter Hausarrest.

nexion dieser palästinensischen Gebiete. Dass auch die Student/inn/en von Bir Zeit demonstrieren, versteht sich, erfahren sie doch täglich den Terror und die Schikanen der Militärherrschaft am eigenen Leib. Mit Tränengas und scharfen Schüssen über die Köpfe der Bevölkerung hinweg reagiert die israelische Besatzungsmacht auf die Demonstrationen und provoziert so natürlich weitere Protestaktionen. Als nach drei Tagen mit Dut-

gen und wirtschaftlicher Ausbeutung noch nötig wäre. Aber die Drahtziehertheorie ist offenbar auch hier beliebt.... Wie sehen die Verantwortlichen ihre Universität? "Eine Universität von Palästinensern für die Palästinenser" nennt sie der seit 1974 verbannte, in Beirut im Exil lebende Rektor Hannah Nasir, der kürzlich der Universität Zürich einen Besuch abstattete. Geschichts-, Soziologie- und auch Geographievorlesungen sind hier gewiss anders als an israeli-

schen Universitäten. Forschungsprojekte befassen sich mit der Emigration aus dem besetzten Gebiet und mit der Veränderung seiner Wirtschafts- und Sozialstruktur. Und dass sie einen palästinensischen Staat wollen, verschweigen die Student/inn/en natürlich nicht. Das ist aber für die extremen Zionisten Begin, Sharon und Milson schon zuviel. Wer bestreitet, dass es ein palästinensisches Volk gibt, kann auch eine palästinensische Universität nicht dulden.

WELTWEITE SOLIDARITAET

Nicht nur aus arabischen Ländern hagelte es Proteste gegen die Schliessung,



Militär nicht nur in den Universitäten; hier z.B. in Ramallah, Westjordanien

Militärsteuerverweigerung

Am Samstag, den 13. Februar, 1982, von 14 - 18 Uhr, findet im Studentischen Zentrum StUZ, Leonhardstrasse 19, 8001 Zürich ein Informations- und Austauschtreffen zum Thema "Militärsteuerverweigerung" statt. Das Treffen wird vom Schweizerischen Versöhnungsbund organisiert.

Viele Leute stellen heute die hemmungslose Aufrüstung in Frage und beschäftigen sich mit Möglichkeiten einer aktiven Friedenspolitik. Sie fordern die Suche nach alternativen Lösungen (Zivildienst, Friedensforschung, soziale Verteidigung). Eine Möglichkeit, diesem Protest Ausdruck zu verleihen und die Forderung nach Frieden zu unterstützen ist die Verweigerung des Militärflichtersatzes und/oder 20 Prozent der Wehrsteuer (entsprechend dem Anteil der Militärausgaben am Bundesbudget).

Eine erste kollektive Verweigerung dieser Art wurde im Februar 1972 bekannt, als 32 westschweizer Gesittete dem EMD in einem Brief mitteilten, dass sie in Zukunft jeden Dienst im Rahmen der Landesverteidigung sowie die Bezahlung des Militärflichtersatzes verweigern werden. Sie erklärten sich jedoch bereit, "im Rahmen eines Dienstes an der Gemeinschaft" eine Organisation, "die sich für die internationale Solidarität einsetzt", finanziell zu unterstützen. (Zitate aus dem oben erwähnten Brief ans EMD vom 7. 2. 72.)

1975 beteiligten sich auf Initiative des Centre Martin Luther King (CMLK, Lausanne) 120 Personen an der ersten Kampagne für die kollektive Verweigerung der Wehrsteuer und/oder des Mi-

litärflichtersatzes. Gleichzeitig verpflichteten sie sich, den verweigeren Betrag an eine friedens- oder entwicklungspolitisch tätige Organisation zu überweisen.

1979 organisierte eine Arbeitsgruppe der IDK (Internationale der Kriegsdienstgegner) die Kampagne "Für eine aktive Friedenspolitik", als Fortsetzung der beiden vorangegangenen Aktionen. Ihr haben sich mehr als 300 Personen angeschlossen. Verweigerte Steuerbeträge in der Höhe von 10 000 Franken wurden 1980 dem HEKS (Hilfswerk der evang. Kirchen der Schweiz) für ein entwicklungspolitisches Projekt in Ecuador überwiesen. (Ecuador ist einer der grössten Waffenkunden der Schweiz.)

Als Ende 1980 die Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufgab, rief sie in einem Schreiben zur Bildung einer autonomen, d.h. IDK-unabhängigen Arbeitsgruppe auf. Da dies nicht geklappt hat, kam es 1981 in der Deutschschweiz zu keiner gemeinsamen Aktion. Einige Leute schlossen sich deshalb der auch 1981

durchgeführten Kampagne des CMLK an.

Welche Konsequenzen hat eine Verweigerung für mich?
Was für Äengste löst sie aus, wie werde ich damit fertig?
Wie sieht der rechtliche Ablauf aus?
Welchen Sinn hat das Ganze, wenn man ja doch betrieben wird?
Wie können wir uns gegenseitig unterstützen?

Viele von uns beschäftigen sich mit solchen Fragen. Wir möchten an diesem Treffen solche und ähnliche Fragen besprechen, Informationen weitergeben und Erfahrungen austauschen. Zudem scheint es uns wichtig, dass auch in der deutschen Schweiz "Militärsteuerverweigerung" nicht ein Akt Einzelner ist, sondern kollektiv durchgeführt wird. Wir möchten deshalb auch über Möglichkeiten der Weiterführung einer kollektiven Verweigerungskampagne diskutieren.

(Teilnehmer am Treffen sollen sich voranmelden bei Margrit Besmer, Bleicherstrasse 47, 8953 Dietikon)

VINCENNES - ein Anstoss zur Demokratie(sierung)?

Die AG ALVA (Alternatives Veranstaltungsangebot) in Zürich plant einen künstlichen Regenfall auf die ausgetrocknete, verdorrte, erstarre und gepaltene Landschaft der praktischen und theoretischen Studienreformsätze: Mit einem Ko-Loguom über die 1968 von der französischen Regierung als "Universität mit experimentellem Status" geschaffene Hochschule 'PARIS 8' oder eben l'université de Vincennes, eine der vielen Neugründungen, die die alte Sorbonne entlasten und die - im Falle von Vincennes - den Forderungen der Studentenbewegung ein Denkmal setzen sollte.

Am Kolloquium - oder am Gespräch - teilnehmen sollen Professoren, Assistenten und Studenten aus Vincennes und aus Zürich, Bern, Basel, St.Gallen, Lausanne, Genf, ...

Vincennes - "l'université ouverte" (Buchtitel 1976) oder eben "l'université assasinée" (Buchtitel 1980), das ist unsere Frage; ob und inwiefern nämlich diese "Reform-Unit", einmal wirklich demokratisch funktioniert hat und ob sie es immer noch tut, interessiert uns, darüber hinaus aber, allgemeiner und zugleich konkreter, wie "Demokratie" an der Hochschule praktiziert werden kann und welche Ueberlebenschancen sie hat, bzw. womit sie kämpfen muss.

Wir suchen in 'Vincennes' das Modell. Ob es das ist, auch für uns, das soll die Veranstaltung zeigen. Tatsache ist jedenfalls: Vincennes hat die umfassende Beteiligung von Personal, Studenten und Dozenten an zumindest hochschulinternen Entscheidungsprozessen und die 'Öffnung nach aussen' (Aufnahme von non-bacheliers) wirklich praktiziert, und sie kämpft mittlerweile um's Ueberleben: gegen über den geplanten Rahmen hinauswachsende, die reformierte Organisationsstruktur sprengende Studentenzahlen und gegen gleichzeitig knapper werdende staatliche Unterstützung und Bejahung des Experiments.

Die AG ALVA ist augenblicklich daran, die Leute in Vincennes zusammenzusuchen und die Fachvereine in Zürich zu beackern. Sie sucht aber immer noch Stimmen und Personen aus der Schweiz, die das Kolloquium mitbestimmen wollen.

Bis es stattfindet - im April oder Mai, die Dozenten aus Vincennes können früher nicht - ist also noch alle Zeit zur Vor-Beschäftigung - mit Vincennes Ueberlebenskampf und Zürichs, Berns, Basels... Geburtsproblematik.

AG ALVA c/o VSU
zHd Christoph Senn
Rämistrasse 66
8001 Zürich

SOLOTHURNER FILMTAGE

19.-24. Januar

Wochenkarte 65.- (50.- für Stud.)
Tageskarte 20.- (15.- für Stud.)

Diskussion mit Filmern

als Film-Wurm in einen Saal sitzen

Ein Ueberblick über das Schweizer Filmjahr 1981

film, film, film.....

Im 2. Teil des laufenden Semesters wollen wir auf das Thema im weitem Sinne zu sprechen kommen. Als Grundlage nehmen wir den Film "Septemberweizen", der in Zürich schon recht bekannt zu sein scheint, da der Hörsaal bei den beiden bisherigen Vorführungen jeweils

Veranstaltung der KfE des VSETH

zum Bersten voll war. Im weitem Sinn bedeutet, dass wir zwar die Probleme, die mit dem Weizenanbau und -handel zusammenhängen, besprochen werden, dass aber durchaus auch Randthemen, die vielleicht auftauchen, behandelt werden können.

Der Film "Septemberweizen" besteht aus sieben Teilen, die verschiedene Punkte des Themas beleuchten. Wir haben nun vier Arbeitsgruppen gebildet, die jeweils anhand von ein oder zwei Teilen ein bestimmtes Problem aufzeigen. Doch wir wollen uns eigentlich nicht von Anfang an auf den Film bzw. die einzelnen Teile fixieren. Sollte sich herausstellen, dass ein Teil nicht so gut zum entsprechenden Thema passt, so brauchen wir ihn nicht zu zeigen. Jede Arbeitsgruppe ist also frei, mit ihrem Thema zu verfahren, wie sie es am besten findet. Der Film dient eher als Ausgangs- und Motivationsmittel. Er ist übrigens ausgerichtet auf die USA, das Weizenexportland Nr. 1.

Die Arbeitsgruppen haben sich eben erst gebildet und sind immer froh um wei-

tere Mitarbeiter. Wer also Lust und Zeit hat mitzumachen, telefoniere 01 256 47 22 oder komme jeweils zwischen 12 und 14 Uhr im KfE-Lesezimmer (ETH A 73) vorbei.

Hat jemand Interesse an einem Thema zu arbeiten, das nicht aufgeführt ist, aber in einem weitem Sinn dazugehört, so sind wir eben eine Arbeitsgruppe mehr.

1. Abend: 20. Januar
Themen der Arbeitsgruppe:
- Zusammenhang: Schweiz, Landwirtschaft - Europäische LWS - amerikanische LWS
- Ernteproggnose, Preisbildung

Kontaktadresse: Monika Ferster 01 918 26 28

2. Abend: 27. Januar
Thema:
- Weltgetreidehandel

Kontaktadresse: Didier Pellet, Schaffhauserstr. 218 b, 8049 Zürich

3. Abend: 3. Februar
Themen:
- Weizen als politisches Druckmittel
- Nahrungsmittelhilfe
- Agrarpolitik gegenüber der 3.Welt

Kontaktadresse: Brigitte Zünd 01 251 04 14

4. Abend: 10. Februar
Thema:
- Weizen als Futtermittel

Kontaktadresse: Beatrice Winterstein 01 35 14 05

5. Abend: 17. Februar
Abschlussdiskussion aller AG's zusammen

Welche(r) Student(in) hätte Lust, in einem Skilager einer Basler Sekundarschule als Skilehrer mitzuhelfen?
Ort: Wiler (VS)
Zeit: 17. - 23. 1.82
Bedingung: 1/5-Lieter 1
Wenn du dich für dieses Lager interessierst, melde dich bei
Marianne Espen
Tel 061 73 61 91

Gesucht:
Zwei Leute:
- die gerne in einem selbstverwalteten Betrieb (Genossenschaft) arbeiten würden,
- die sich ein Jahr oder länger verpflichten können,
- die gerne verkaufen!

Komm mal vorbei im

Auladen

Place Pt. St-Jean 25
Freiburg
Tel 037 22 24 53



zu verkaufen
R 5 TL blau met.

Jahre 74
Frisch ab Kontrolle
3800 Fr.

1785 Cressier 081 27 20 63

A vendre
Bottes cow-boy
cuir véritable, bon état, taille 36
Prix: 60 Fr. (à discuter - à l'achat 120 Fr.)
tel 037 22 68 15
Véronique

zu verkaufen
in einwandfreiem Zustand
Staats-Lexikon
5 Bände (1926)
Herder-Verlag
Preis: 300 Fr.
Tel 037 46 34 52 ab 18 Uhr

Abo-Talon...
Seite 3



26jähriger Student mit Reiseerfahrung in ausser-europäischen Ländern sucht einen oder mehrere Reisebegleiter/innen für Lateinamerika ab März/April 1982. Route und Reisedauer noch nicht festgelegt. Spreche unter anderem auch etwas Spanisch. Meldet euch bitte bei

Heinz Mayer
Steinichweg 7
8000 München 40
Telefon 089 52 20 71

Junge Frau (30) interessiert an Fragen des Zusammenlebens der Menschen, am Lesen, sucht einen interessanten, zugewandten, männlichen Gefährten für das Gespräch, das gegenseitige Interesse, die Liebe, das Weiterlernen; dem es auch nur wohl ist im unautoritären Umgang und dem die gleiche Achtung aller Menschen der Welt auch ein Anliegen ist.
Zuschriften an Chiffre lovelif007

Inserat

Mit einer kleinen Büchse

Melroses Tea

kommt Du im Geschmack gross raus!

Eignet sich auch als Geschenk.
10 Sorten, u.a. Earl Grey, Jasmin, Ceylon, Keemun. Büchse zu 113 g; Fr. 4.80, Mengenerabatt bei:
Melroses Tea, Mainaustasse 32, 8008 Zürich.

Sende mir: Name: _____
Büchsen _____
Büchsen _____

EUROTRAIN

Die günstigste Zugsverbindung in Europa

- Für alle bis 26 Jahre
- Bis 40% günstiger
- Über 280 Destinationen

Alle bis zum vollendeten 26. Altersjahr sparen mit dem EUROTRAIN-Billet bis zu 40% auf vielen Bahnstrecken in ganz Europa. Ueber 280 Destinationen stehen zur Wahl. Du kannst dir deine Reisezeit selber festlegen und bist völlig unabhängig. Dein EUROTRAIN-Billet erhältst du in jeder SSR-Verkaufsstelle und über den SSR-Telefonverkauf. Lass dir sofort den Prospekt mit allen Destinationen und Preisen zustellen.

SSR-Reisen

Reisen für junge Leute

Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern, St. Gallen, Wettingen und Zürich

Bitte schick mir gratis den EUROTRAIN-Prospekt.

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Beruf _____
Alter _____
Coupon einlösen an:
SSR-REISEN, Postfach, 8026 Zürich
oder ruf einfach an,
Tel. 01722 30 00.

Mitbewohnerin gesucht

In einer Vier-Zimmerwohnung im Schönberg in Freiburg ist noch Platz frei. Wenn du Interesse hast, mit zwei Studenten zusammenzuziehen, so melde dich bitte.
Tel 037 28 31 81
NB: Mietanteil: 250.-

Mainaustasse 32
8008 Zürich

GENOSSENSCHAFT KUKUZ

Die WOHNGRUPPE informiert:

Die Umbauarbeiten im I. Stock der Brasserie sind abgeschlossen

Ab sofort stehen die verschiedenen Räume (Säle, mehrere Zimmer) zur Verfügung für:

- Veranstaltungen
- geschlossene Anlässe

Bei Interesse sind auch längerfristige Vereinbarungen möglich.

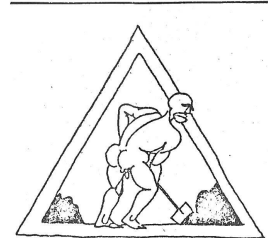
Für nähere Informationen wende sich mensch bitte ans Buffet der Brasserie, Quartiergasse 19, 3013 Bern

oder an
Tel 031 42 39 29



Mitbewohnerin gesucht

In einer Vier-Zimmerwohnung im Schönberg in Freiburg ist noch Platz frei. Wenn du Interesse hast, mit zwei Studenten zusammenzuziehen, so melde dich bitte.
Tel 037 28 31 81
NB: Mietanteil: 250.-



Le cercle scolaire de Barbèrêche-Cressier cherche des moniteurs ou des monitrices pour le camp de ski des élèves de 4., 5. et 6. (10 - 13 ans).
Date: du lundi 25. 1.82 au vendredi 29. 1.82
Lieu: Im Fang (La Villette)

Les intéressé(e)s sont prié(e)s de prendre contact au
037 74 18 05
Michel Jaquier
instituteur
1785 Cressier 081 27 20 63

Coordinamento Studenti Ticinesi (CST)

TESSINER WEHREN SICH

Schuljahr 80/81: die tessiner Studenten der Universitäten von Genf, Lausanne, Freiburg und Zürich sowie die Studenten des liceo economico und der scuola di commercio von Bellinzona führen Versammlungen durch, und mit Briefen an den tessiner Consiglio di stato und an die Presse kündigen sie das Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die Studiengelder an. Einzeln legen sie Rekurs gegen diesen Entscheid des Consiglio di stato ein; später wird einem Anwalt der Auftrag gegeben, einen Rekurs beim Bundesgericht einzureichen.

Schauen wir jetzt aber die Gründe, die die Tessiner Studenten zu einem solchen Schritt veranlasst haben:

Bis zum letzten Jahr musste der tessiner Student bis September dem Erziehungsdepartement ein Gesuch um Studienbeiträge stellen, und an Weihnachten teilte man ihm den Betrag, der ihm zustand, mit. Ende Januar bekam er schon die erste Rate und im April die zweite.

Dieses Jahr dachte, obwohl man von den langen Debatten über die prekäre finanzielle Lage im Kantonsparlament wusste, niemand an eine Auswirkung auf die Studiengelder. Man wusste zwar, dass der Kanton in eine Art Sparsucht verfallen war, doch kümmerte sich in der allgemeinen Gleichgültigkeit der Studenten niemand daran.

Im Januar dieses Jahres wusste die Mehrheit der Gesuchsteller noch nichts über einen allfälligen Entscheid des zu-

Bei den Diskussionen während den ersten Versammlungen stellt sich heraus, dass der Wunsch da ist, etwas umfangreicheres und Vollständigeres zu unternehmen. Durch diesen Wunsch ermutigt, trifft sich im Sommer eine beachtliche Anzahl Studenten von allen oben genannten Schulen und organisiert sich, um im September den Kampf gegen das neue Gesetz aufzunehmen. Zu diesem Zweck wird eine Vereinigung, Coordinamento Studenti Ticinesi (CST), gegründet, die sich das Ziel setzt, alle Studenten der Mittelschulen (scuole medio-superiori) und der Universitäten zu vereinigen.

ständigen Amtes. Nur wenige Studenten wussten damals schon, wieviel sie bekommen würden. Obwohl eine Kürzung der Studiengelder offensichtlich wurde, kümmerten sich die 'Privilegierten' nicht so sehr darum.

Als im März die Mehrheit der Studenten immer noch auf den Entscheid wartete, fingen einige Studenten, die nicht gerade auf Rosen gebettet waren, an, sich Sorgen zu machen, denn diese staatliche Hilfe war für sie immerhin eine Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums.

Die ersten, die etwas unternahm, waren die Uni-Studenten von Genf, die an einem Nachmittag eine Unterschriftensammlung für einen Brief an den zerstreuten Consiglio di stato improvisierten.

Daraufhin gab es eine parlamentarische Anfrage von zwei Abgeordneten, Nava

(PdA) und Krähenbühl (PSA), im Kantonsparlament.

In der Zwischenzeit verschlechterte sich die finanzielle Lage einiger Studenten so sehr, dass sie auf die Unterstützung von Kameraden, Pro Juventute und universitären Sozialämtern angewiesen waren.

Ende März erhielt endlich auch ein weiterer Teil der Gesuchsteller einen Entscheid vom zuständigen Amt, während einige wenige schon die zweite Rate der Studiengelder zusammen mit einem Erklärungsschreiben erhielten. Dank diesem Schreiben wusste man endlich, was in den Köpfen unserer Politiker vorging. Nachdem sie den ganzen Sommer lang, bis in den Herbst 1980 hinein, über die Sparmöglichkeiten diskutiert hatten, hatte der Consiglio di stato dieses Frühjahr endlich beschlossen, ein neues Dekret zu verabschieden - rückwirkend auf das Schuljahr 80/81.

Doch muss man unseren Politikern zugehen, dass sie an Schläuheit kaum zu überbieten sind, denn der Zeitpunkt der Bekanntgabe dieser Neuheit war sehr gut gewählt: Nachdem die Studenten 6 Monate lang in der Ungewissheit gelassen worden waren, wurde kurz vor Ferienbeginn dieses neue Gesetz bekanntgegeben, um die Reaktionen auf ein Minimum zu beschränken. Daher kann man verstehen, dass sich nur die "Genfer" Studenten organisieren konnten, um sich gegen solche unbegründeten Verspätungen und Kürzungen der Studiengelder, die eindeutig dem Recht auf das Studium widersprechen, zu wehren. - Sonst wird immer das Recht auf ein Studium für jeden(d), die/der die Fähigkeiten dazu hat, betont.

Schauen wir jetzt, was dieses neue Dekret, das in einigen Artikeln und in der Methode, wie es eingeführt wurde, im Widerspruch mit dem Schulgesetz und mit einigen wichtigen Grundsätzen des Verfassungsrechts steht, den Tessiner

Studenten alles beschert:

Mit diesem Gesetz wird nur noch eine kombinierte Form von Studiengeldern möglich sein: 25 Prozent Darlehen und 75 Prozent nicht rückzahlbare Stipendien. Früher konnte man ohne weiteres reine Stipendien bekommen. Bei der heutigen Intellektuellen-Arbeitslosigkeit wird die Rückzahlung von Darlehen ein grosses Problem.

Neu kommt dazu, dass Studenten, die älter sind als 25, weiter von der Familie unterstützt werden müssen. Doktoranden oder Studenten, die schon einige Jahre gearbeitet haben und sich so von der Familie finanziell unabhängig gemacht haben, haben nur noch Anspruch auf Darlehen. Noch schlimmer ist die Situation für Studenten ohne Matura, die überhaupt keine Studiengelder mehr bekommen werden.

Wie schon gesagt gefährden diese von der neo-liberalen "nouvelle vague" diktierten Neuheiten das Studienrecht der finanziell und kulturell schwächeren Klasse. Diese unsere Aussage hat die Be-zürkte ziemlich geärgert, denn prompt hat sie wie folgt geantwortet: "Die finanziell schwächeren Familien werden auch in Zukunft gleich viel erhalten wie in den letzten Jahren, besser noch, in einigen Fällen werden die Studiengelder noch erhöht..."

Die Zahlen geben aber ein anderes Bild der Lage: im Jahre 79/80 hat der Kanton für 11 Mio. Franken Studiengelder verteilt, im Schuljahr 80/81 waren es lediglich 7 Mio.

Wie ist es also möglich, dass 4 Mio. bei den Studiengeldern gespart werden können, ohne die Hilfe an die Studenten zu beschneiden? Einerseits vermeint man die Kürzungen, andererseits stehen die gleichen Leute wieder zu diesen Reduktionen. Heisst das, dass man weniger für Klientelwirtschaft und mehr für die echt bedürftigen Stu-

denten aus gibt? Heisst denn das vielleicht, dass Klientelwirtschaft im Erziehungsdepartement etwas Alltägliches ist? Oder hat man das Wort "bedürftig" einfach aus dem Wortschatz gestrichen?

Um wieder zu den Ereignissen zurückzukehren: Die "Genfer" Studenten bekamen auf eine von ihnen veröffentlichte Resolution eine sich in den Motivationen widersprechende Antwort vom Consiglio di stato. Diese Antwort wurde von der Tessiner Presse fast vollständig abgedruckt, während die Antwort der Genfer Studenten nicht auf solche Grosszügigkeit stiess.

Während den Frühlingsferien beschloss die Tessiner Studenten von Genf, Einzelreklure beim Consiglio di stato einzuleiten und später vielleicht auch einen Rekurs beim Bundesgericht einzureichen.

Ausserdem wurde, um ein Abklingen des Interesses zu vermeiden, eine Vollversammlung im Tessin einberufen. Am 28. September wurde somit in Bellinzona das

Coordinamento Studenti Ticinesi (CST) gegründet, das nach Semesterbeginn in den verschiedenen Universitäten und Schulen informative Versammlungen organisierte.

Wichtig zu erwähnen ist, dass das CST sich nicht nur gegen dieses neue Dekret einsetzen will, sondern es versucht auch, ein gewisses Interesse für die soziale und kulturelle Problematik unserer Zeit bei den Tessiner Studenten zu wecken.

Nach einer allfälligen Lösung dieses Studiengeldstreites ist die Weiterexistenz des CST somit durchaus berechtigt.

Einen ersten Erfolg kann das CST aber schon heute vorweisen: Das Bundesgericht hat unsere Beschwerde gutgeheissen: Die rückwirkende Entscheidung der Tessiner Regierung war ungesetzlich. Man wartet jetzt nur noch auf die praktischen Auswirkungen dieses Entscheides.

CST Zürich

Fortsetzung von Seite 4

tems sind, sowie für die in diesem System Tätigen, die es vor allem als direkte und/oder indirekte Lebensgrundlage sehen.

In Holland (neuestens auch in Zürich) gibt es zwar Wissenschaftsläden, wo Bedürfnisse von Betriebsbelegschaften, Umweltschutzorganisationen, alternativen Verkehrs- und Städteplaner, Bürgergruppen, Wohnkomitees, usw., eingebracht werden können; diese Gruppen formulieren jedoch ihre Bedürfnisse vor allem im Bereich der Forschung, wo allfällige Resultate viel kurzfristiger er-blickbar sind als im Bereich der Bildung, und wo deshalb diese Bedürfnisse auch eher formuliert werden können; doch auch wenn diese Formulierungen zustande kommen, bleiben die Wissenschaftsläden unter den jetzigen gesellschaftlichen Umständen uninteressant: solange die Dozenten, mit eventueller staatlicher Aufsicht, über Lehr- und Forschungsinhalte bestimmen, werden die Hochschulen nicht unbegrenzt auf die durch Wissenschaftsläden übermittelten Anfragen, Forderungen oder Interessen gesellschaftlicher Gruppen eingehen, da diese meist den gesellschaftserhaltenden Forschungsrichtungen der Dozenten widersprechen; auch vereinzelte gegenteilige Erfahrungen aus Holland können diese Tatsache nicht verbergen.

Für Bedürfnisse die den heutigen gesellschaftlichen Umständen nicht völlig untergeordnet sind kann das existierende Bildungssystem samt allen Reformmöglichkeiten kein Weg sein.

Sollen Bildungsstätten nun wirklich für alle da sein, muss die Spaltung zwischen arbeitsmarktorientierter und personenzogener Bildung aufgehoben werden. Dies könnte z.B. geschehen, wenn sämtliche Abschränkungen im Bildungswesen abgebaut würden, so dass die Bildungsinstitute wegen ihrer übermässigen Ausdehnung gar keinen Bezug zur jetzigen Arbeitswelt mehr haben könnten; erst dann könnte dieser Bezug wiederum von den Lernenden hergestellt werden, diesmal aber mit einer individuell empfundenen Arbeitswelt vor Augen, wo Arbeit und momentane Lustgefühle noch irgendwie zusammenhängen.

Träumen.....; na ja, träumen bringt's eigentlich nicht, und die Arbeit mit-gegen-in institutionalisierten Systemen auch nicht; was soll mensch denn sonst noch tun? Bleibt nur noch der Weg neben den Institutionen: jedem Individuum, jeder Gruppe ein einziger, egoistisch durchdachter Weg.....

SCHULE mal anders

Im Kanton Zürich laufen schon seit rund 10 Jahren Bemühungen um ein UNI-Gesetz.

Bisher sind die Universitätsbelange im Rahmen eines allgemeinen "Unterrichtsgesetzes" aus dem letzten Jahrhundert geregelt. Verständlich, dass die gesetzlichen Grundlagen der UNI daher beiweitem nicht den heutigen Bedürfnissen genügen können. Viele Neuregelungen wurden auf dem Verordnungsweg eingeführt und sind daher, mangels gesetzlicher Grundlage, jederzeit angreifbar. In diesem Sinne wurde z.B. die alte studentische Zwangskörperschaft abgewirgt - es können aber auch von uns andere für das Funktionieren des heutigen Betriebes entscheidende Regelungen in Frage gestellt werden... Von der Sache her ist jedenfalls ein Gesetz ansich dringend nötig.

Doch obwohl dem Kantonsparlament im Laufe der Jahre verschiedene Entwürfe, Initiativen, Vermittlungsinstitutionen, Mini-Revisionsvorschläge vorgelegt haben, konnte sich für keinen Vorschlag eine Mehrheit finden.

Es fehlt der gesetzgeberische Rahmen für das gesamte Bildungswesen, als Diskussions- und Konsensbasis. Es fehlen verbindliche Ziele für Bildung allgemein.

Für unsere Vorstellung heisst es, eine gesamtheitliche Diskussion und Regelung des kantonalen Bildungswesens verhindern, wenn irgend ein Bereich willkürlich herausgepfückt und vorgängig fixiert wird.

Andererseits entspricht die UNI so wie sie heute funktioniert keineswegs den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen: Sie nimmt in Lehre wie Forschung sehr einseitig die Interessen von kleinen pri-

viligierten Gruppen wahr: Bildungs-Elite, Unternehmenseite der Wirtschaft etc. - die Herkunft der meisten Studenten, vermittelte und vor allem fehlende Lehrinhalte sowie Themen und Adressaten von Forschungsprojekten belegen dies fast durchwegs.

Also suchten und suchen wir Kontakt mit anderen Leuten, die irgendwo im Bildungswesen aktiv engagiert sind - und ähnlich unter den heutigen Bildungspolitischen Bedingungen leiden. Das Ziel besteht dabei darin, sich gemeinsam zu orientieren in den gegebenen bildungs- und gesellschaftspolitischen Bedingungen, sich gegenseitig zu unterstützen - statt zu konkurrenzieren.

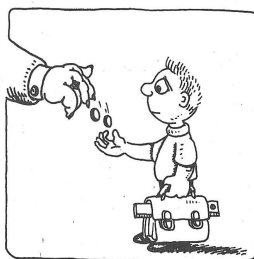
Das erste Gespräch in diesem Sinne, und an dem auch schon einige Vertreter von Gewerkschaften und anderen Bildungsbereichen teilgenommen haben, hat anfangs Dezember stattgefunden und einen recht aufgestellten Verlauf genommen.

Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, das Gespräch irgendwie zusammenzufassen, dafür ist es zu wenig weit gediehen. Es soll Sache eines nächsten Gespräches sein die Ansätze, die sich das letzte Mal gezeigt haben so zu vertiefen, dass wir auch zu konkreteren Vorstellungen vorstossen können.

Es hat sich aber schon das letzte Mal gezeigt, dass dieses Gespräch weiterführen kann.

Das nächste Mal treffen wir uns voraussichtlich am 27. Januar um 19.30 im Studentischen Zentrum (Leonhardstr. 19, 8001 Zürich)

Pierrot



Sammelfrist bis Ende Februar verlängert

PETITION VSS

Im letzten Konzept berichteten wir von der Lancierung der Petition. Sie verlangt von den eidg. Räten, dass die Subventionen an die Stipendien beibehalten werden und zusätzlich ein umfassendes Rahmengesetz geschaffen wird, das die Chancengleichheit aller garantiert.

In der Zwischenzeit wurden in Zürich und in Fribourg Sammelaktionen durchgeführt und rund 2000 Unterschriften gesammelt. In Bern wird im Laufe des Januars gesammelt werden. Auch in Zürich und Fribourg will man nochmals "an'd Seck".

Die Tessiner Studenten und Mittelschüler, die auf kantonaler Ebene eine eigene Petition lancieren, werden gleichzeitig für die nationale Petition sammeln.

SAMMELN WIR ALLE UNTERSCHRIFTEN FUER DIE STIPENDIEN - PETITION !!!

Wer bereit ist, an einer Sammelaktion mitzumachen, oder wer selber sammeln will, melde sich: in Zürich bei der Stipendienkommission, Tel.: 256 54 88 in Bern bei der SUB: Tel.: 23 00 03 in Fribourg bei der AGEF, Tel.: 21 92 10 oder beim VSS: 031/23 28 18

Stipendienkommission des VSS

! Achtung !

19. Jan. 1982
ca. 21.00
tv-SRG-CH
Renato Mazocco
VSS, und andere
hohe Tiere nehmen
zur Subventions-
kürzung gegen Stipendien Stellung.

Hast du die Petition schon unter-schrieben?

LE BARON NOIR

